

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Süddeutschland. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Seidenstraße 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textteil. Bankkonto: Reichsbank des Deutschen Reichs, Halle, Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: 287 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Seidenstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 14. April 1932

12. Jahrgang Nr. 87

Auftakt zu Hitlers Regierungseintritt!

SA- und SS-Bürgerkriegstruppen verboten!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. April.

Die gestrige Beratung des Reichskabinetts, die unter Vorsitz des Reichstanzlers Brüning stattfand, endete am späten Nachmittag mit der Annahme einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln ab sofort verboten werden. Auf Grund dieser Notverordnung sind im ganzen Reich die SA- und SS-Heime geschlossen worden. Die weitere Mitgliedschaft zu diesen Verbänden wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Die von der SA und SS gebrauchten militärischen Gegenstände werden beschlagnahmt. Eine durch WTB verbreitete Begründung der Reichsregierung für das Verbot führt an, daß diese Auflösung der SA und SS der Staatserhaltung diene. Die Notverordnung ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

Hitler kannte die Verordnung bereits am Dienstag und ordnete selbst die Auflösung der SA und SS an

Eine sensationelle Mitteilung durchläuft heute morgen die gesamte bürgerliche Presse. Die „Neue Leipziger Zeitung“ läßt sich heute morgen aus Berlin berichten:

Großes Aufsehen in der Reichsverwaltung hat ein Vorgesang erregt, der deutlich beweist, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vorher den Nationalsozialisten verraten worden ist. Der Berliner Vertreter des „Daily Express“ hat gestern vom Braunen Haus in München die bevorstehende Notverordnung abgemittelt erhalten und die Mitteilungsorganansgabe des „Daily Express“ veröffentlicht die Notverordnung, die in Deutschland erst am Mittwoch abend unterzeichnet worden ist.

Diese Meldung, die die Lage offenkundig beleuchtet, wird noch interessanter durch die nachstehenden Mitteilungen, die wir jedoch aus München erhalten:

Hitler, Stabs-Chef Röhm und Stabs-Chef Hammer sind am Dienstag per Flugzeug nach Berlin geflogen und wurden von General Groener und Schleicher empfangen. Zweck der Besprechung war die Auflösung der SA und SS. Bereits am Dienstag nachmittag zwischen 11 und 12 Uhr wurde im Braunen Haus in München sämtliches Material der SA und SS unter den Augen der Kriminalpolizei weggeschafft. Die Straßen und Zugänge sowie das Braune Haus waren frei und nicht besetzt.

Am Mittwoch abend, 6 Uhr, hat die Reichsleitung der NSDAP die Auflösung der SA und SS verfügt.

Erst nachdem diese Verfügung getroffen war, erschien um 7 1/2 Uhr abends, alle 1/2 Stunde später, die Polizei in Stärke von 3-4 Hundertschaften. Die Wachtposten im Braunen Haus wurden nach Hause geschickt.

Empörung der SA über den Verrat ihrer Führer

Die Empörung der SA- und SS-Leute über den Verrat durch ihre Führer ist ungeheuer. Überall bilden sich Disziplinsgruppen, in denen die SA- und SS-Leute zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht verärgern lassen, weil ihre Vorgesetzten mißtrauensvoll geworden sind und keine Schutztruppe mehr brauchen. Die allgemeine Stimmung unter der SA und SS wird durch solche Aussprüche wiedergegeben wie zum Beispiel: „Nun haben wir ausgedient, jetzt werden sich unsere Herren von der grünen Polizei bewahren lassen.“

Klagges „protestiert“ und — verbietet mit

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 13. April.

Der Nazi-Minister Klagges erklärt eine lange scheinheilige Erklärung gegen das SA-Verbot. In dieser Erklärung protestiert der Naziminister zwar gegen das „ungerechtfertigte“ Verbot, sagt aber kein Wort, daß er das Verbot nicht durchführt wird.

Nazi-Klagges protestiert nur zum Schein und führt das SA- und SS-Verbot durch.

Warum SA- und SS-Verbot?

Halle, 14. April.

Diese Notverordnung verbirgt hinter sich wichtige politische Hesagen. So unwichtigselbst das zunächst klingen mag, es ist trotzdem wichtig. Die SA wurde verboten, um die Bedingung des Eintritts der Nazis in die Regierung zu schaffen. Jede kapitalistische Regierung in Deutschland ist heute mehr oder weniger von Frankreich abhängig. Die französischen imperialistischen Machthaber haben nichts gegen Hitler. Schon deswegen nicht, weil er sich wiederholt in seinen Erklärungen als der treue Young-Knecht erwiesen hat, den das internationale Finanzkapital braucht. Aber es traut den proletarischen Elementen in der SA nicht. Und es weiß, daß, wenn Hitler, in die Regierung einbezogen, seine praktische, reaktionäre Regierungspolitik durchführt, die enttäuschten Sturmabteilungen zur Rebellion übergehen werden.

Es ist doch noch in frischer Erinnerung, daß Hitler am 12. März dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker gegenüber in Bezug auf die amerikanischen Anleihen auf die Reparationssummen erklärte:

„Wir sind entschlossen, das Kapital, das wir uns von ihnen (den amerikanischen Bankiers) geborgt haben, bis auf den Pfennig zurückzahlen. Der Wille zur Zahlung unserer Privatschulden ist unter allen Deutschen mit der einzigen

„Ins neue Freiheitspreußen“

Wir legen heute die Gegenüberstellung des unter der obigen Überschrift veröffentlichten Programms der SPD aus dem Jahre 1919 für ihre Regierungstätigkeit in Preußen mit den Tatsachen des Jahres 1932 fort. In diesem Programm heißt es:

„Die Sozialisierung soll im Rahmen des Einzelhautes unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterräte mit aller Eilfertigkeit und Beschleunigung gefordert werden.“



Generalstreit über Nordböhmen

Schwere Barrikadenkämpfe im Streitgebiet — Alle Betriebe stillgelegt

(Eig. Drahtm.) Prag, 13. April.

Der von den Konferenzen des wertaktiven Volkes beschlossene Generalstreit in Nordwestböhmen zur Unterstützung der seit drei Wochen im Kampf stehenden 25 000 Bergarbeiter von Brünn ist heute 100prozentig durchgeführt worden. In Brünn, Duz, Komotau und Oberleutensdorf lag jeder Betrieb still. Auf der Strecke Brünn-Johnsdorf wurde der Bahnverkehr stillgelegt. Sämtliche Kaufhäuser und Geschäfte haben zur Demonstration ihrer Sympathien für die Streikenden ihre Geschäfte geschlossen.

Die tschechische Regierung hatte ein kleines Militärangebot im Streitgebiet zusammengezogen, um ihrem Versammlungs- und Demonstrationserbeht Geltung zu verschaffen. Die Streikenden haben jedoch ihre geplanten Streikmeetings in Brünn, Duz, Lesitz-Schönewitz, Anstis und Komotau trotz Verbots durchgeführt. In Oberleutensdorf entwickelte sich bei Zusammenstößen mit Militär ein längerer Barrikadenkampf. In Brünn sind drei Tobespierer zu verzeichnen.

Weitere Demonstrationen fanden in Saletsch und Niedergerontal statt. Hier demonstrierten 4-5000 Personen, um ihrem Versammlungs- und Demonstrationserbeht Geltung zu verschaffen. Die Streikenden haben jedoch ihre geplanten Streikmeetings in Brünn, Duz, Lesitz-Schönewitz, Anstis und Komotau trotz Verbots durchgeführt. In Oberleutensdorf entwickelte sich bei Zusammenstößen mit Militär ein längerer Barrikadenkampf. In Brünn sind drei Tobespierer zu verzeichnen.

Die Demonstrationen dauern im ganzen Bezirk zur Zeit noch an. Einen Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Kundgebungen zeigt, daß es den Behörden und der militärischen Be-

waffneten Macht nicht gelungen ist, den Generalstreit, der für den heutigen Tag proklamiert war, zu brechen.

Weltkonzerne frachen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. April.

Die Weltbörsen hatten gestern wieder einmal einen schwarzen Tag. In allen Börsen sanken die Kurse rapid. Die deutschen Börsen, die erst seit zwei Tagen wieder in Betrieb sind, hatten katastrophale Kursstürze zu verzeichnen.

Die Hintergründe dieser Kursstürze an allen Börsen liegen darin, daß der Petroleumtrust Deterding, einer der größten Welttrusts im Westen ist, nach dem Zündholzfähig Krenger folgt der Petroleumtrust Deterding. Im Zusammenhang damit wird bekannt, daß ein Zusammenbruch des großen amerikanischen Bankhauses Morgan droht. Ein Zusammenbruch dieses größten Weltbankiers würde die Weltwirtschaftskrise erneut verschärfen.

Nur eine Tatsache aus dem Jahre 1932. Der Großpreis in Deutschland liegt jetzt 200 Prozent über dem Weltmarktpreis. Die Folge der durch die Zölle vorgenommenen Zollsenkpländerung zugunsten der Junker. Der amtliche preussische Preisindex lag am 16. April 1931 wertlos:

„Die letzte große Zollvorlage und die Zollvorlagen der letzten Jahre, die umfangreichste Zollserhöhungen brachten, haben doch die ausdrückliche Zustimmung der preussischen Staatsregierung gefunden.“

Deswegen wählen die durch diese Zollpolitik ausgeplünderten Massen am 24. April nur Kommunisten!

Teilstreit in Gummiwerk Elbe

(Eig. Draht.) Wittenberg, 14. April.

Die Verleitung der Gummiwerk Elbe plante in der... Die Verleitung der Gummiwerk Elbe plante in der...

Ausnahme unserer Volkswirtschaften stark und unerschütterlich.

Als nach diesen Worten Hitler's die Frage stellte, warum die Nationalsozialisten dann öffentlich die Zahlung der Reparationen verweigern, während sie die Privatschulden anerkennen...

Der getreue Young-Knecht Hitler hat also hier die feierliche Erklärung vor aller Welt abgegeben, daß er gar nicht daran denkt, einen nationalen Freiheitskampf zu führen...

Der Hitler, der die Reparationszahlungen anerkennt, hätte das größte Interesse daran, endlich diese unheimlichen Anhängsel loszuwerden.

Der allzu alte gibt die Bourgeoisie durch dieses Verbot ihrem sozialistischen Flügel die Möglichkeit, vor den SPD-Arbeitern nun die Einbeziehung der Nazis in die Regierung zu rechtfertigen...

Der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstehe.

Die sozialistische Presse bemüht sich zwar vorzugsweise, diesen Anspruch abzustreiten. Es wird ihr aber nicht gelingen, abzustreiten, was am 3. Dezember 1931 im "Vorwärts" stand:

"Wir sind bereit, lieber heute als morgen die Nazis an die Regierung heranzuführen, wenn sie die Spielregeln der Demokratie beachten."

Durch das Verbot ist dem Hitler-Faschismus die Möglichkeit gegeben, diese "Spielregeln der Demokratie", die vom "Vorwärts" als Vorbedingung für den Regierungseintritt verlangt wurden, zu beachten und vor seinen Anhängern zu rechtfertigen.

Die Tatsache, daß die Sturmabteilungen längst gemacht waren, daß sie seit Monaten bereits eine Doppelrolle unter anderem Namen führen, fordert die Arbeiterklasse zur härtesten Wachsamkeit heraus.

Andereorts wird die Bande der politischen Desperados, die SPD-Führerschaft, diese Wahnbombe benutzen, um durch ihre Scheinmänner die Geschäfte für den Faschismus schneller zu besorgen, die Wünsche der Bourgeoisie auf Heranziehung der Nationalsozialisten zur praktischen Regierungstätigkeit schneller zu verwirklichen.

In den Betrieben und auf den Stempelfellen gibt es, dieses Mal außer der Bourgeoisie und ihres sozialdemokratischen Hauptstützpunktes zu entlassen, gibt es, die Verlogenheit der nationalsozialistischen Führer aufzugeben und mit den schließlichen sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitern und Werktätigen die rote kämpfende Einheitsfront für Arbeit, Brot und Freiheit herzustellen.

Nazis als Streikbrecher

(Eig. Meld.) Essen, 14. April.

Die Nationalsozialisten, die den um ihren Lohn kämpfenden Kumpeln von "Karoline" als Streikbrecher tätig in den Rücken fallen, haben jetzt ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie den Reformisten die Verantwortung für die Auslösung aller Streikenden aus den Gewerkschaften übergeben.

Der Naziführer Stubenowitsch erklärte gestern in einer Versammlung in Leipzig, daß bei der Auflösung der SA die Polizei deswegen nicht habe handeln können, weil man seit acht Tagen schon unterrichtet sei und alles betreffende Material längst beiseite geschafft habe.

Pleite des „Krisentongresses“

(Eig. Meld.) Berlin, 4. April.

Der getrige „Krisentongress“ war für seine Veranstalter, für die ADGB-Führer, eine einzige Pleite. Der „Krisentongress“ sollte eine Wachparole für die SPD zu den bevorstehenden Reichstagswahlen liefern.

Stegerwald folgte in seiner Rede mit Anspielung auf den Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB: „Gegen eine Inflation wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel.“

Die Eröffnungsrede von E. P. S. des Referat Eggerts und die Diskussion wiederholten die alten „Forderungen“ des ADGB:

Roter Betriebsräte-Wahltag

(Eig. Bericht.) Chemnitz, 14. April.

Im Betrieb Gebr. Göritz in Chemnitz mußte infolge Austritt des Betriebsrates eine Neuwahl stattfinden. Es erhielten rote Einheitsliste 62 und Reformisten 52 Stimmen.

Kampfredde im Preußen-Landtag

(Eig. Bericht.) Berlin, 13. April.

Kampfredde bringen wir die wichtigsten Teile der Kampfredde des Genossen Rajper, die dieser am Dienstag im Preussischen Landtag gehalten hat.

Die Wahlbeschränkungen, die Beschränkungen der Wahlvorgänge sind für unschuldig gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei, die Kommunistische Partei.

Genosse Rajper verlas darauf die Stellen aus der „Roten Fahne“, die Herr Gezelin in seiner Verbotsbegründung herangezogen hat und in denen nichts weiter enthalten war als nachts Lauschaermaterial über die Politik der Braun-Weiß-Regierung.

Außerdem hat man durch eine große Reihe anderer polizeilicher Maßnahmen der Kommunistischen Partei die legale Ausübung ihrer Wahlarbeit vielfach unmöglich gemacht und erschwert die Rolle der Partei.

Wir sind es gewohnt, daß wir von der herrschenden kapitalistischen Klasse und von der Regierung Braun-Weiß-Regierung halb des Geheles gestellt werden.

Wir verlangen auch nicht, daß die sogenannte Objektivität gewahrt werde. Wir wehren uns nur gegen den Scheinbel, als wenn in der Republik Preußen alle Staatsbürger und Par-

Arbeitsbeschaffung durch Kreditausweitung, 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

In einer Entschließung werden diese „Forderungen“ zusammengefaßt. „Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen“.

Die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter werden diesen Kongress als einen hohen auf ihre Not empfinden. Ein Gewerkschaftstongress, der sich in dieser Zeit verammelt, beschränkt sich auf eine Appellation an die Brüning-Regierung, an den kapitalistischen Staat.

Der „Krisentongress“ sollte der „Eisernen Front“ die lebende Parole für die Preußenwahlen verschaffen. Nach den Wahlen werden von dem ganzen Arbeitsbeschaffungsplan bescheiden.

Wir antworten auf das neue Manöver der Gewerkschaftsführer mit der Verwirklichung unserer Arbeit zur Mobilisierung der Arbeiterkraft im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf der Stempelfelle. Der „Krisentongress“ ist eine Mahnung. Der Feind und seine Hilfsmänner manövrieren, werden einen neuen Schlag vor-

teilig gleichmäßig behandelt würden. Wir halten es als revolutionäre Partei mit den Grundgedanken, die die SPD vor dem Krieg vertreten hat und die der Abgeordnete Bollman einst anlässlich des Sozialkongresses gegenüber Bismarck im Reichstag zum Ausdruck brachte.

In allen Zeiten haben es die Machthaber verstanden, ihre Unrecht in die Form von Gesetzen zu kleiden. Wenn aber diese Gesetze das Leben und die Gesundheit, die politische Bewegung und Entwicklungsrecht der Arbeiterkraft hemmen und hindern, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiterkraft, solche Gesetze zu durchbrechen zu durchstoßen und rechtsunwirksam zu machen.

Das ist auch der Standpunkt der Kommunisten gegenüber den Gesetzen der kapitalistischen Republik und der sogenannten Autorität dieses kapitalistischen Unterdrückungsstaates. Wir legen keine Legalitätschwüre wie Hitler

ab. Wir wissen, daß die Befestigung des kapitalistischen Preußens mit Braun-Weiß-Regierung nur in außerparlamentarischen Kampf möglich ist. Deshalb benutzen wir auch den Preußenwahlkampf dazu, die noch vorhandene parlamentarische Schranke in den Parteien vorüber zu lassen und sie von der Verantwortung des außerparlamentarischen Kampfes zu überzeugen.

Deshalb rufen wir von dieser Stelle der Arbeiterkraft zu: kämpft mit uns kommunistisch für ein rotes Preußen! Reigt euch ein in die rote Freiheitsarmee für das neue Deutschland des Sozialismus! (Stimmrichter Seiffel bei den Kommunisten.)

Dem Beispiel Scheringers gefolgt

(Eig. Bericht.) Berlin, 13. April.

In Prenzlau (Mark) wirkte in einer öffentlichen Versammlung der KPD am 8. April das bisherige Mitglied der Strasser-Gruppe, Erich Götz, seinen Übertritt zur KPD. In einer schriftlichen Begründung seines Übertritts in die rote Einheitsfront betont Genosse Götz, daß er zur Überzeugung gekommen ist, daß die „Revolutionären Nationalsozialisten“ nur eine besondere Fiktion des Hitler-Faschismus sind.

Die Erklärung des Genossen Götz schließt mit den Worten:

Achtung! „Volksblatt“- und „Volksboten“-Leser!

Frägt einmal bei euren Redaktionen an, warum sie bis heute noch nicht eine Zeile über den Scheringer-Prozess gebracht haben. Der „Vorwärts“ hat bisher ohne ein Wort der Kritik mit drei Zeilen das Urteil gemeldet.

„In der Staat, zu dessen Schutz die Strafbestimmungen über Hochverrat erlassen sind, wirklich so schwach, daß er schon die Bestimmungen aus Handlungen bestrafen muß, wenn sie nicht mehr im tiefen Sinnemerkmal empfinden, sondern in einem Brief oder in einer Besprechung geäußert werden?“

Ernst Thälmann ruft auf:

„Vorwärts“ zu neuen revolutionären Kämpfen!“

(Eig. Draht.) Berlin, 14. April.

Die KPD hat gestern im überfüllten Sportpalast in einer Kundgebung von überwältigender Kraft und Begeisterung ihren Willen zur neuen Offensive kund getan. Die revolutionäre Arbeiterkraft Berlins, die an die Fronte gehen ihre unerschütterliche Treue zur KPD und ihre Entschlossenheit, Hitler und Seevering zu schlagen.

„Vorwärts zu neuen revolutionären Kämpfen!“

dokumentierte die unbesiegbare Kraft unserer revolutionären Freiheitsarmee.

Mit Hohn und Spott nahm die Reichstagsdebatte die Anführung des „Vorwärts“ auf, die die KPD sei gescheitert.

20.000 revolutionäre Kämpfer gehen gestern abend in Berlin ihren Willen kund, an der Spitze der Berliner Arbeiter und Werktätigen in den nächsten 10 Tagen in breiter außerparlamentarischer Wahlkampfaktion zu rekrutieren und noch technisch höher vorzubereiten. Sie erklären: Die einzige antiparlamentarische und antioberbürokratische Partei ist die KPD. Unter ihrer Führung schlagen wir Hitler und Seevering, unter ihrer Führung marschieren wir für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Mitteldeutschland!



Von Avantgarde-Gefechten zu Massenaktionen

Von M. Louis.

Die II. Internationale hat sich an den Völkerverbund gewandt, um die Munitionslieferungen für Japan einzustellen. Sie fordert von den Verbündeten Japans, von den imperialistischen Regierungen die Einstellung der Munitionslieferungen. Seit dem Ausbruch der II. Internationale, seit dem 26. Februar, hat keine Partei der II. Internationale logar die „Forderung“ gestellt. Der Aufruf wurde ja nur als „Alibi“ erlassen, um die Kriegsbege der II. Internationale und ihrer Parteien vor den Arbeitern besser zu verleiern. Die gewöhnlichen Verbredler sind befreit, sich ein Alibi zu suchen. Die Kriegstreiber aber der II. Internationale lüden auch Alibi.

Auf der letzten Tagung des Büros der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wurde angeblich beschlossen, eine „Munitionskommission“ zu bilden. Dies war auch nur ein Alibi. Von der Tätigkeit der Munitionskommission hat man nichts.

Die Internationale Transportarbeiterföderation hat unter der Führung des Herrn Fimmen beschlossen, die Frage der Behinderung der Munitionstransporte auf ihrer nächsten Tagung zu „hüben“. Das ist das Alibi des Herrn Fimmen. Jeder lüdt sein Alibi.

Gleichzeitig unterließen die französischen Sozialisten die Antikriegshebe der rumänischen Bojaren, hüben die deutschen Sozialdemokraten die Kriegsprowalente Pilsudkis, gleichzeitig unterließen die Sozialisten ihre eigenen Regierungen in der Vorbereitung der Intervention; gerade deshalb lüden sie von vornherein ein Alibi.

Die revolutionären Arbeiter werden sich nicht an den Völkerverbund wenden, weil sie nicht an die imperialistischen Regierungen. Sie handeln gegen den imperialistischen Krieg. Es ist bestimmt unsere Schmdie, Fehler, die Mängel unserer Arbeit, daß bisher verhältnismäßig wenig direkte revolutionäre Massenaktionen in den verschiedenen Ländern gegen den imperialistischen Krieg verzeichnet werden konnten. Deslo mehr verdienen diese revolutionären Beispiele verzeichnet und populärisiert zu werden.

In Rotterdam hat die chinesische Mannschaft des Schiffes „Laertes“ das Schiff mit Kriegsmaterial nach Japan wochenlang aufgehalten. Bestimmt war es ein Mangel in der Arbeit unserer holländischen Genossen, daß sie keine Solidaritätsaktion der Hafenarbeiter und Seeleute organisierten.

In Hamburg hat die chinesische Mannschaft des Schiffes „Koblenz“ die Arbeit verweigert, um die Munitionslieferung zu verhindern. 75 deutsche Hafenarbeiter, die bei der Belegung beschäftigt waren, erklärten sich solidarisch mit den chinesischen Seeleuten. Der sozialdemokratische Hamburger Polizeipräsident Schönfelder ließ die chinesischen Arbeiter verhaften...

In Bombay trat die indische Mannschaft des Schiffes „Nacahire“ in den Streik, um die Munitionslieferung nach Japan zu verhindern.

In Durbar (Sibirien) trat die Mannschaft des Schiffes „Kau-Amherdam“ in den Streik, um die Vorbereitung von Kriegsmaterial nach Japan aufzuhalten. 23 Matrosen wurden verhaftet.

In Danzig traten 3000 Hafenarbeiter in den Streik, um gegen den imperialistischen Krieg zu protestieren. Der Streik dauerte 24 Stunden.

In Hamburg haben die Arbeiter an den Feuerstellen A und B die Arbeit als Protest gegen den imperialistischen Krieg verweigert.

In Holland wurden in einem Betrieb eine größere Partie Gasmasken, die für die japanische Armee bestellt worden waren, unbrauchbar gemacht.

In Dombrowa (Polen) haben die Arbeiter der chemischen Fabrik Ströms gegen die Kriegsproduktion den Streikstillstand ausgerufen. Der Streik dauerte 24 Stunden. Die Arbeiter haben auch eine Forderung um 4 Prozent erzwungen.

In Warschau im Betrieb Wite sind die Arbeiter gegen die Munitionproduktion in passiver Resistenz getreten. Die passive Resistenz der Arbeiter hat die Ablieferung der Munition

Die „Pravda“ zum Wahlergebnis

Moskau, 12. April. (Von unserem WB-Redaktionsmitglied.) Die „Pravda“ vom 12. April gibt eine Einschätzung des Ergebnisses des zweiten Wahlganges zur Präsidentschaftswahl, in der es heißt:

„Die Stimmengabe, die für den Kandidaten der Kommunistischen Partei, Genossen Ernst Thälmann, abgegeben wurde, verringerte sich um 1278 000. Das zeigt davon, daß eine Passivität bei einem Teil der Arbeiter vorhanden war, die im ersten Wahlgang für Thälmann getrimmt haben. Dieser Teil der Arbeiter entschloß sich der Stimme, weil sie von der Erwägung ausgingen, daß es keinen Sinn hat, für Thälmann zu stimmen, da er sowieso nicht zum Präsidenten gewählt würde.“

Die ungenügende Teilnahme der Arbeiter, die mit der Kommunistischen Partei gehen, am zweiten Wahlgang, zeigt auch davon, daß ein Teil der Arbeiter, der sich zur Kommunistischen Partei stellt und der Arbeiter, die zu den verschiedenen Landtagswahlen am 24. April für sie stimmen werden, die Wahlen nicht als ein Mittel zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen betrachten, sondern vom parlamentarischen Gesichtspunkt aus.

Die Kommunistische Partei erklärt und wird den Massen erneut erklären, daß das Proletariat nicht auf dem Wege über Parlamentswahlen zur Macht gelangt, sondern nur auf revolutionäre Weise. (Die „Pravda“ formuliert den letzten Teil dieses Satzes in einer Form, die mir infolge der deutschen „Pressezensur“ nicht abdrucken dürfen. Der Reichsleiter der Präsidentschaftswahlen und ebenfalls Reichsleiter der Kommunistischen Partei Mittel zur Mobilisierung, zur Erziehung der Massen, zu ihrer Zusammenfassung unter den Fahnen der einzigen Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, dar.

Der Staatsapparat der deutschen bürgerlichen Republik, mit völliger Unterfütterung der sozialdemokratischen Beamten

dieses Apparates, war mobilisiert zum Kampf gegen den Kandidaten der Kommunistischen Partei, um die Kommunistische Partei möglichst daran zu hindern, ihre Agitations- und Aufklärungsarbeit in die Massen zu tragen.“

Die „Pravda“ geht dann auf die Pläne der deutschen Bourgeoisie ein, die vorläufig keine rein falsche Regierung ans Ruder zu lassen wagt, aus Furcht davor, daß sich eine solche Regierung zu rasch entlarvt und die Massen ins Lager der Kommunistischen Partei treiben würde, und schreibt weiter: „Aber die Bourgeoisie geht jetzt daran, die Nationalistika in nach den Freußenmachern in die Regierung aufzunehmen.“

Der Artikel zeigt dann, daß die SPD eine falsche Regierung immer noch als „kleineres Übel“ gegenüber einer reinen Hitlerregierung unterstehen würde und belegt dies mit einem Zitat aus der „Kölnischen Zeitung“, die eine Koalition zwischen Zentrum und Nazis fordert. Weiter schreibt die „Pravda“:

„Das ist der tatsächliche Beweis für die sozialdemokratische Demagogie mit dem Kampf gegen den Faschismus, der einer tatsächlichen Einheitsfront zwischen Faschisten und Sozialfaschisten ebenso abhelt, wie ein Wassertröpfchen dem anderen.“

Die SPD rüft zu den Wahlen für den Preussischen und andere Landtage am 24. April. Die Kommunistische Partei mobilisiert die Kräfte zum Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, wobei sie die Redensarten über die Lehren der Präsidentschaftswahlen aufgrund legt und die Fehler der praktischen Arbeit der Wahlkampagne korrigiert.

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um die Einheitsfront von unten mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu schließen zum Kampf gegen die Brüningregierung, gegen den falschfalschen und sozialfaschistischen Terror, für den revolutionären Ausweg aus der Krise.“

Kongress Pariser Rüstungsbetriebe

Die „Humanité“ vom 11. April berichtet über eine große Delegiertenkonferenz der Pariser Rüstungsbetriebe. Auf der Konferenz waren Delegierte der Pariser Chemiebetriebe, der Metallwerke und der Eisenbahnen, ferner auch Delegierte der Elektrizitätswerte anwesend.

Die Delegierten gaben eingehende Berichte mit genauen Zahlenangaben über die Produktion von Kriegsmaterial im Pariser Industriegebiet. Immer wieder kehrte in den Ausführungen der Hinweis darauf wieder, daß der Kampf für die Behinderung der Produktion von Kriegsmaterial und des Transportes dieser Produkte auf das engste mit dem Gegenangriff

an die japanische Kommission zum vertragmäßigen Termin verhängt.

In Bielefeld, in dem großen chemischen Betrieb Meisterich, wo Kriegsmaterialien für Japan produziert wurden, wurde die passive Resistenz durchgeföhrt. Der Ranglerbahnhof des Betriebes geriet in Unordnung, weil mehrere Pfeifeöföhne verwechelt wurden.

In Leipzig haben die Eisenbahner am Güterbahnhof Munitionstransporte, die als Haushaltsgüter getarnt waren, entdeckt. Ein Teil der Munition wurde vernichtet.

Wir verzeichnen diese Aktionen. Sie sind Beispiele des revolutionären Kampfes gegen Kriegsproduktion und Kriegslieferungen für den japanischen Imperialismus. Es handelt sich gewiß um Teilkaktionen. Diese Aktionen ersetzten bisher einige hunderte, einige tausende Arbeiter in den verschiedenen Ländern. Gewiß stellen diese Aktionen nur die Gelechte der Avantgarde vor. Aber diese Aktionen werden einen Ehrenplatz in der Geschichte der revolutionären Arbeiterkämpfe haben, weil sie wirksame revolutionäre Handlungen gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Interventionen waren.

Die Demonstrationen der tschechischen Refruten

gegen die Attäden der Unternehmer auf die Löhne verbunden werden müßte.

Diese Konferenz geht einem noch in Vorbereitung befindlichen großen Kongress von Delegierten aller Pariser Rüstungsbetriebe voraus.

Militärtransport zur Entgleisung gebracht

Charkin, 13. April. Jesh Milen östlich von Charkin entgleiste in der Nacht zum Mittwoch ein japanischer Truppentransportzug infolge eines Bombenanschlags. Der Zug wurde durch die Gewalt der Explosion aus den Schienen gebogen und hügte den Bahndamm hinunter.

in 27 Städten, die Soldatendemonstrationen in Oran (Algier), die Ursache, daß auf dem französischen Kriegsschiff „Primeauguet“ die Mannschaft einmalmal abgelöst werden mußte, die Demonstrationen der Refruten in Chicago und gegen den imperialistischen Krieg und in erster Reihe das revolutionäre Auftreten von japanischen Soldaten gegen den imperialistischen Krieg der eigenen Bourgeoisie bleiben auch leuchtende Beispiele des revolutionären Kampfes.

Die Demonstrationen vor den japanischen Vertretungen in Chicago, Hamburg, Warschau, New York, Rotterdam usw. waren auch Erscheinungenformen der Massenempörung gegen den japanischen Imperialismus.

Anfänge, wenn auch bescheidene, sind schon da. Aber nur Anfänge! Die revolutionären Arbeiter werden aber aus diesen kleinen Anfängen, aus diesen revolutionären Beispielen Kraft und Opfermut schöpfen, um zu großen Massenkämpfen gegen den imperialistischen Krieg zu kommen.

Die ersten Vorkämpfer der Gefährde wurden schon gefestigt. Sie zeigen den Weg zu großen revolutionären Massenaktionen...

Frauen führen Krieg

von Emma P. Dornberger

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

3. Fortsetzung
Eine Viertelstunde später tatterten wieder alle Maschinen, drehten sich wieder taubend Walzen und glückten und schärften das kalte Eisen, das gebraucht wurde, um die Männer draußen, deren Frauen hier standen, zu tödnen zu machen.

Luise stand immer noch weinend über ihre Arbeit gebeugt. Die Taktache, daß ihr die Aufsichterin wegen unerlaubten Betriebses des Arbeitsplatzes eine Strafe angekündigt hatte, bestrügte sie gar nicht.

„Ist das nicht zum Verdrüßwerden? Maria, wir stehen hier und hüßten und machen uns krank und kaputt und drehen Granaten für den Krieg, damit wir was zu essen haben. Damit wir uns ernähren und leben können, stellen wir Kriegsmaterial her, das unsere Männer zum Tode befördert.“

„Wieso unsere Männer? Unsere Granaten treffen doch nicht unsere Männer, das treffen doch nur den Feind!“ erwiderte Maria Schüß.

„Ja, und wer ist der Feind? Sind das nicht auch Männer wie unsere, deren Frauen drüben auf der andern Seite Granaten drehen? In Frankreich, in England, in Rußland, in Italien, überall ist es doch dasselbe. Überall stehen Frauen in den Munitionsfabriken und fertigen die Werkzeuge, mit denen man ihre Männer in den Tod jagt. Ich mach Schüß, ich kann nicht mehr!“

„Schüß machen? — Wieder stempen gehen? — Noch mehr Jungens? Nein“, sagte Maria Schüß. „Ich mach das nicht mit. Du magst ja Recht haben, daß das alles ganz verdrüß ist, was wir machen. Aber was nützt es, wenn mir beide Schüß machen. Überhaupt — die da drüben haben angefangen, dann sollen sie auch zuerst aufhören!“

Luise dachte einen Augenblick nach.
„Angesangen? Wissen wir denn überhaupt, wer angesangen hat?“

Noch stellte auch Luise die Frage nicht so. Für wen wird der Krieg gemacht? Was ist Vaterland? Für was gehen Millionen Menschen in den Tod? Es fiel ihr auch nicht auf, daß sich in den Mienen der Herren Direktoren, Betriebsleiter und wie sich sonst die „Anbühmlichen“ titulierten, vom Tag zu Tag, wenn sie sich unbedacht glaubten — eine größere Gemühtung und Zustrebendheit wiederpiegelte. Denn der Krieg, das war ein Geschäft, und das Geschäft ging gut! Die Umstellung der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen zu Kriegswerkzeugen hatte sich gelohnt. Freizeitspaar konnte das immer so weitergehen. Sie waren weit vom Schüß, verdientes und wurden bid und fett. Die Erinnerung an das Unglück verfolgte Luise viele Tage lang. Die Arbeit in der Munitionsfabrik machte sie ganz unglücklich. Der Gedanke, daß jeder Einzelne sich schuldig mache, der sich an der Kriegsproduktion beteiligte, verließ sie nicht mehr. Im Jugendheim führte sie beständige Diskussionen gegen den Krieg. Sie kümmerte sich besonders um die Aufrechterhaltung und Verbindung mit den Jugendgenossen im Felde. „Wann macht Ihr Schüß?“ schrieb sie in ihren Briefen. Sie schüßerte ihnen die Verhältnisse zu Hause und in der Fabrik.

Eines Tages wurde sie zum Betriebsleiter gerufen. Sie glaubte schon an ihre Entlassung, da sie im Betrieb bid und wieder über den Unfall und den Krieg gesprochen hatte. Der Betriebsleiter war ein alter Sozialdemokrat. Ob er es fertig bringt, mich rauszuschmeißen? „Fröhlichen Schüß“, sagte er, „ich wurde von Herrn Wanden auf Sie aufmerksam gemacht. Wie gefällt Ihnen die Arbeit? Ist Sie Ihnen nicht zu schwer?“

„Das schon, es strengt sehr an, besonders die Nachtarbeit!“
„Na, da kann ich Ihnen ja helfen! Sie können doch ein bisschen schreiben? Ich meine, Sie haben doch eine gute Handschrift? Und rechnen können Sie doch wohl auch? Wir brauchen eine Aushilfe für das Lohnbüro. Es ist jemand krank geworden. Am Freitag müssen die Lohnlisten fertig sein. Da gibt es immer viel zu tun. Sie bekommen für diese Zeit Wochenlohn. Wollen Sie probieren? Wenn's nicht geht, können Sie an ihre jetzige Arbeit zurückgehen.“

Luise schnappte einen Augenblick nach Luft. Das hatte sie nicht erwartet. Sie sagte natürlich zu.

Vor allen Dingen freute sie sich, auf diese Weise wieder ein wenig mehr Zeit für die politische Arbeit zu bekommen.

Luise bekam durch ihre neue Beschäftigung manches zu hören und zu sehen, was sie in Erläutungen legte. So mußte sie zum Beispiel auch Beschwerden der Vorarbeiter und Meister zu Protokoll nehmen. Die Meister der einzelnen Abteilungen kehrten jeden Abend einen Bericht über „ihre“ Arbeiterinnen und deren „sonstiges Verhalten“. Da hatte sie unter anderem zu notieren. Die Arbeiterin Friede Schmidt erlaubte sich, als ich sie kontrollierte, eine freche Antwort zu geben. Als ich ihr sagte, Sie haben das zu machen, antwortete sie, ich mach das lange nicht alles, was Sie wollen! — Ich werde dieses Subjekt genau beobachten. Unterstützt Meister Wählas.“

Oder ein anderer schrieb: „Die Arbeiterin Anna Giesele frigt dauernd unanständige Lieber, besonders sozialistische. Sie tritt sehr oft aus und bleibt immer lange auf dem Wort. Möchte ichentlich liest sie dort Zeitungen. Der Vorarbeiter Schmidt hat bei der Wasserleitung und im Klostet Flugblätter gefunden, die gegen den Krieg gehen und von Vaterlandsgütern unterföhrend sind. Ich beantrage daher die Arbeiterin Giesele und auch die Arbeiterin Müller, die ebenfalls immer öfters Zeitungen liest, zu entlassen. Die Beobachtungen werden fortgesetzt.“

Die Kontrollen der Krüger gab folgendes zu Protokoll: „Dauernd kommen Beschwerden wegen der unzureichenden Wortanlagen. Es kommt vor, daß Arbeiterinnen, nach dem Grund ihres langen Ausbleibens befragt, angeben, daß sie bei den Worten warten müssen. Ich bitte deshalb zu prüfen, ob es nicht möglich ist, noch einige Aborte anzubauen, und zwar keine geschlossenen, sondern solche, in denen einer Aufsichtsfrau Kontrolle möglich ist (Halbe Türen).“

Diesen Vorschlägen und Beschwerden wurde immer prompt nachgegangen. Man baute auch ein Abortanlagen, nebeneinander in einer langen Reihe, mit halben Türen. Unten durch konnte man die Beine der Frau bis zu den Knien und oben den Kopf sehen. Eine Aufsichtsfrau wurde zur Kontrolle eingesezt. Zeitungen lesen wurde streng verboten.

„Wie schrecklich ist doch der Krieg!“, sagte Maria Schüß atemlos als der Probotrolator vorüber war. Auf dem Wege war eine neue Alarmglocke angelegt worden, die bei Fliegerangriffen in Bewegung gesetzt werden sollte. Das hatte man mal ausprobiert. Die Arbeiterinnen hüßten durch die Notausgänge in den Keller.

Fortsetzung folgt.

Gemeindearbeiter-Lohnabbau im „roten Preußen“

Neue Lohnabbauoffensive der Kommunalbürokratie in Brünning-Deutschland und Severing-Preußen — Lohn- und Manteltarif werden „neu geregelt“ — Abbau des Stundenlohnes von 10 bis 13 Pfennig und Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen Gemeindearbeiter, rüffet zum Kampf! — Streik ist die Antwort auf Lohnabbau! — Wählt am 24. April Kommunisten, Liste 4!

Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands hat sämtliche Lohn- und Manteltarife für etwa 300 000 Gemeinde- und Verberbeiter auf direkte Anweisung des Reichsfinanzministers Dietrich verbannt ist der Berliner Bürgermeister Dr. Elsaß; im Vorstand selbst hat die Sozialdemokratie durch den SPD-Direktor Dr. Vollbrecht, Berlin, maßgebenden Einfluß!

Dr. Vollbrecht ist zugleich Vorsitzender des arbeiter Arbeitgeverbandes, des Bezirks Berlin. Einmal in den Vorständen des Reichsarbeiterverbandes und der Bezirksverbände die Sozialdemokraten nicht direkt vertreten sind, haben sie gemeinsam mit den Bürgerlichen ihre Vertreter in die Vorstände delegiert. Die SPD- und die KPD-Führer treten hier als Unternehmerrhetoren auf und haben mit der Kündigung der Tarife den Weg weiterer Durchführung der Abbaumaßnahmen der Brüning-Regierung besichert.

Bisher blieben die Arbeitsbedingungen der Gemeinde- und Verberbeiter lange Jahre durch die Verträge der Manteltarife gleichmäßig. Die reformistischen Gewerkschaften bestanden die Erhaltung der Arbeitsbedingungen als einen Erfolg, um dessen Willen die Gemeindearbeiter die Lohnspitze auf sich nehmen mußten!

Jetzt sollen die Löhne ebenso, wie die Arbeitsbedingungen „neu geregelt“ werden, d. h. der Abbau des Lohnes soll verbunden werden mit der Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen. Durch die in Geheimverhandlungen mit den Reformisten vereinbarte Taktik ermorbt der Unternehmer durch seine neuen Quartale einen weiteren Erfolg seiner Abbaumaßnahmen. Die KPD muß verhindern, daß dieser Anschlag gegen die Lebenshaltung der Arbeiter gelingt.

Die Hauptangriffspunkte der Unternehmer sind:

1. Abschaffung der Gemeindearbeiterlöhne auf den Stand der niedrigsten Tarifbestimmungen;
2. Verringerung des Urlaubes;
3. Verringerung des bestehenden Krankenlohnzuschusses;
4. Verschlechterung der Ruhegeldbestimmungen.

Die Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne an die der Reichsarbeiter bedeutet einen neuen Lohnabbau von 10-13 Pfennig. Die Forderungen der Gemeinde- und Verberbeiter unter Führung der KPD sind:

Lohn- und Gehaltssteigerung um die Höhe des bisher abgebauten Lohnes. Gegenüber der geplanten Verringerung des Urlaubes fordern die Gemeinde- und Verberbeiter einen Mindesturlaub von 14 Tagen nach dreimonatiger Dienstzeit, ferner um die Dienstzeit bis zu vier Wochen. Eine weitere wichtige Forderung ist: Wollt Lohnzahlung während der Krankheit, d. h. einen Krankenlohnzuschuß zu dem Kranken-

Unsere Antwort nach der Präsidentenwahl:

Als Auftakt zu den Preußenwahlen, gegen Braun, Severing und Hitler wurden gestern 25 Neuaufnahmen in Merseburg für die RGO gemacht. Der UB Merseburg marschiert und wird, wenn der UB Saalkreis sich nicht beunruhigt und nachholt, die Spitze im Wettbewerb erobern.

geld, so daß die volle Höhe des Lohnes erreicht wird. Die Unternehmer wollen die Ruhegehälter um 25 Prozent vermindern oder vollständig beseitigen, daß die Arbeiter Anrecht auf Ruhegeld nur nach einer bestimmten Beitragsleistung zu einer Ruhegehaltskasse haben. Die Gemeinde- und Verberbeiter fordern die Zahlung eines Ruhelohnes ohne Beitragsleistung nach den Bestimmungen der Beamtenruhegehaltsverordnung.

Die KPD mobilisiert die Gemeinde- und Verberbeiter zum Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Einführung des Siebenstundentages, der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und Herabsetzung der Arbeitszeit für Schwerarbeiter und gesundheitsschädliche Arbeiten (Dienstarbeiter) auf 8 Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich, für die Beseitigung der verschiedenen Lohngruppen in Dienst- und Gehaltsstufen und für ihre Verminderung auf vier Gruppen, gelehrte, angelehrte, ungelernete und Lehrlinge. Die KPD stellt für die Arbeiterinnen die Kampfbedingungen auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und für den besonderen Schutz der schwangeren Arbeiterinnen Auszahlung des vollen Lohnes während der Zeit, wo die Arbeiterinnen ausfallen müssen.

Die Gemeinde- und Verberbeiter sollen mit den Erwerbslosen gemeinsam kämpfen gegen die unterschiedliche Behandlung der in den Gemeindebetriebe Beschäftigten, für die Beseitigung der Pflichten, Wohlfahrts- und Saisonarbeit sowie für die Einführung von Erwerbslosen als Stenographen und die volle Tarifbedingungen unter Kontrolle der Betriebsvertretungen.

Eine weitere Kampfbedingung der KPD ist das volle Bestimmungsgewalt der Betriebsräte bei Einstellungen, Beförderung der Arbeitslosen und Dienstverpflichtungen, Beförderungen, Auswahl der Betriebe und Dienststellenleiter und die volle Kooperationsfreiheit für alle Gemeinde- und Verberbeiter mit besonderer Anerkennung der gewählten Vertrauensleute in den Abteilungen.

Die KPD, Industrie-Gruppe Gemeinde und Verberber, hat zur Durchführung dieser Kampfbedingungen eine Kampfbund-Organisation von Betriebs- und Gewerkschaftsvereinigungen in allen Orten und Bezirken des Reiches, wo die Gemeinde- und Verberbeiter zur Durchführung der Forderungen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen den Kampf betätigen und breite Kampfschlachten wählen.

Tariffragen sind Machfragen

In der Organisation und Auslösung des Kampfes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen die Gemeinde- und Verberbeiter sich das Ziel stellen, unter Führung der KPD Tarifverträge als Ergebnis eines Kampfes abzuschließen. Die KPD, Industrie-Gruppe Gemeinde und Verberber, hat die Forderungen bereits in einem Tarifvertragsentwurf festgelegt. Die reaktionäre Gewerkschaftsführung hat bei dem Abschluß der Tarifverträge immer die Interessen der Unternehmer gegen die

Interessen der Arbeiter wahrgenommen. Sie hat systematisch jeden Lohnabbau durchgekehrt und wird das auch in Zukunft tun. Die Gemeinde- und Verberbeiter müssen sich selbst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Diese Kampfmobilisierung und Kampfauslösung in den Gemeinde- und Verberberbetrieben ist die beste Unterstützung für die Kampfstandards der Kommunisten bei den Landtagswahlen.

Die KPD mobilisiert sich nur mächtig in Verbindung mit der verärrerten Unternehmerklassen in der Öffentlichkeit im Gesamtverband und im öffentlichen Kampf und ist die beste Vorbereitung zur Wahl von oppositionellen Delegationen zum Verbandstag des Gesamtverbandes in Weimar.

Die KPD, Industrie-Gruppe Gemeinde und Verberber, führt und organisiert diesen Kampf in Betrieb und Gewerkschaft unter der Forderung:

„Jeder Betrieb eine rote Burg!“

Das Krümperverbrechen in Mansfeld

Krote Betriebsräte rufen zum Kampf gegen Lohnabbau und „Krümperei“

M. A. Ein neues Generalverbrechen gegen die Arbeiterklasse wird von den Gewerkschaftsleitern und den reformistischen Betriebsräten der Mansfeld-WG in die Wege geleitet. Das „Krümperei“-System soll eingeführt werden. Der Geländebetriebsrat hat vor einiger Zeit schon mit einer Sitzung, die im „Vollstaus“ in Eisenbahn stattfand, dazu Stellung genommen.

Vor dem Gesamtbetriebsrat verurteilte der Direktor des Arbeitsamtes den Betriebsrat das „Krümperei“-System schmachhaft zu machen. Das „Krümperei“-System schaffe die Möglichkeit (!), nicht nur die bisher in einigen Betrieben vorhandene Kurzarbeit (Fehlzeiten) zu beseitigen, sondern es könnten noch 1000 Erwerbslose aus der Wohlhabersfamilie neu in die Betriebe eingestellt werden!

Von der Gesamtbetriebsrat soll jeden Monat ein Sechstel entlassen werden, also „Krümperei“. Nach einem Monat sollen die betreffenden Kameraden wieder eingestellt werden und ein anderes Sechstel „Krümperei“. Nach sechs Monaten hat die gesamte Belegschaft „gekrümpert“ und Erwerbslose, die in der Zwischenzeit eingestellt wurden, monatsweise, sollen jedes Monate im Betriebe bleiben, um wieder eine Anwartschaft in der Erwerbslosenversicherung zu erreichen, um, wie es so schön heißt, bei ihrer eventuellen Entlassung, wieder 20 Wochen Erwerbslosenunterstützung zu beziehen.

Durch die „Krümperei“ würden die Gemeinden ungeheurer Gelder an Wohlfahrtsunterstützung sparen, wenn nur 1000 Mann neu eingestellt würden im Laufe der Zeit, dann würde das schon rund 1/2 Million ausmachen!

Die roten Betriebsräte wandten sich mit der größten Schärfe gegen die Einführung des „Krümperei“-Systems und zwar wies sie nach, daß die Arbeiterklasse davon nicht den geringsten Nutzen hat und daß das „Krümperei“-System nur eine Maßnahme ist, die die „Arzte des Kapitalismus“, die Gewerkschaftsleitern, anwenden wollen, um das bankrotte Hungerlohn- und ihre letzten Sfründen zu erhalten.

Die Arbeiterklasse hat bereits an einigen Stellen im Reich ihre Erfahrungen mit dem „Krümperei“-System gemacht. Es ist offensichtlich Betrug, wenn die „Mansfelder Volkszeitung“ schreibt, daß für die Zeit des „Krümperei“-Monats die übliche Wartezeit für Unterstüpfungsempfänger, die Wartezeit von 14 Tagen erlassen werden kann (!).

Die Regierung wird sich an ihre gesetzlichen Bestimmungen halten und wird mit Mansfeld keine Ausnahme machen.

Bleihütten-Kumpels, macht mobil!

Krote Arbeiterräte stellen Kampfbedingungen an die Mansfeld-Könige

M. A. Der Arbeiterrat der Bleihütte Heitfeld nahm in einer Sitzung zur Abregulierung des roten Arbeiterrates, Genosse Gulenberg, Stellung der beabsichtigt in diesem Betriebe an die gesundheitsgefährlichste Stelle verlegt wurde, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, in der Abteilung weiterzuarbeiten, in der er das volle Vertrauen der Kollegen hatte. Für die Arbeiterentscheidung hatte die Betriebsleitung der Bleihütte folgenden Antrag eingebracht:

Die Betriebsleitung braucht in Zukunft nicht mehr die Einwilligung der Betriebsvertretung einzuholen, wenn Bleifranke oder als bleifrank Verdächtige in einen anderen Betrieb veretzt werden sollen (!).

Vor der Sitzung hatte sich die Betriebsleitung bei dem reformistischen Vorstehenden des Gesamtbetriebsrates, Kleiner, erkundigt, wie es möglich sei, den roten Arbeiterrat Gulenberg von der Bleihütte los zu werden. Kleiner erklärte, daß das leicht geht. Eine Verlegung sei eigentlich nur möglich, wenn Gulenberg mit dieser einverstanden sei.

An der Arbeiterentscheidung verlangten die roten Arbeiterräte Beseitigung des Antrages der Betriebsleitung bezüglich der Bleifranken, dem damit wurde der Willkür der Betriebsleitung Ziel und Ziel gesetzt. Die Betriebsleitung könne ihnen verzeihen, daß sie so wenig wolle, was das gleiche im Entlassung bedeutet. Der Antrag der Betriebsleitung wurde auf die energische Protestation der roten Arbeiterräte einstimmig vom gesamten Arbeiterrat abgelehnt!

Zur Frage der Bleifrankung brachten die Betriebsräte folgenden Antrag ein:

„Es sind sofort vom Arbeiterrat bei der Betriebsleitung die ge-

Mansfeld-Kumpels gegen das „Krümperei“-Verbrechen

Eine Belegschaftsversammlung der Bleihütte Heitfeld nahm folgende Kampfentscheidung an:

Die Belegschaftsversammlung der Bleihütte in Heitfeld erklärt zustimmend, daß die roten Betriebsräte in der Gesamtbetriebsrats-Sitzung, am 2. April in „Vollstaus“ (Eisenbahn), ganz im richtigen Sinne und Interesse der Mansfeldarbeiter gehandelt haben, indem sie die Einführung des „Krümperei“-Systems bei der Mansfeld-WG abgelehnt haben.

Wir Mansfeldarbeiter erklären, daß alle diejenigen, welche sich für das „Krümperei“-System einsetzen, bestraft oder unbewußt die Mansfeldarbeiter erneut ausplündern wollen.

Wir geloben, uns mit voller Kraft dafür einzusetzen, daß am 24. April die Werttätigen sich für den Kommunismus, für die Kandidaten der KPD entscheiden, daß in keinem Betrieb Abbaumaßnahmen gegen das revolutionäre Proletariat gestattet wird. Wir organisieren den Kampf und haben erkannt, daß der Streik unsere beste Waffe zur Erreichung unseres Zieles ist.

Außerdem sollen die „Krümperei“-Berechtigten nur die Hälfte der Erwerbslosenunterstützung bekommen!

Und das sind im wahren Sinne des Wortes Hungerlöhne. Im Bitterfelder Gebiet wurde auf der Grube „Julia“ auch mit Hilfe der Gewerkschaftsleitern das „Krümperei“-System eingeführt. Volla 14 Tage mußten die „Krümperei“-Berechtigten Karenzzeit durchmachen, dann verging noch eine Woche, die die Unterstüpfungen ausgegahlt wurde. Die meisten Kameraden erhielten erst als die vierte Woche des „Krümperei“-abgelaufen war, zum ersten Male Unterstüpfungen. Ein lediger Bergmann kamm 3,35 Mark. Vier Wochen sollte er mit ganzen 5,35 Mark leben!

Das einzige, was bei der „Krümperei“-herausform, um eine Steigerung der Förderung im Betriebe. Eine Gewinnsteigerung für die Kapitalisten.

Die Gewerkschaftsleitern toben, daß die roten Betriebsräte eine konsequente Stellung gegen das „Krümperei“-System einnahmen. Sie schreiben wieder einmal, daß Kommunisten und Nazis in Einheitsfront marschierten. Ein Nazi habe erklärt, daß für die Mansfeld-WG das „Krümperei“-System zu viele Unkosten verursache. Es kommt nicht darauf an, was der Nazi erklärt. Die Mansfeld-WG ist für das „Krümperei“-System! Sie will dabei ihre Betriebe säubern und ihre Profite steigern!

Die Erwerbslosen dürfen keine Illusion haben. Das kapitalistische System wird ihnen nicht Arbeit und Brot bringen. Lohnabbau und Unterstüpfungsabbau sind der Kurs der Brüning und Severing. Betriebsarbeiter wie Erwerbslose müssen das „Krümperei“-System ablehnen und für die Durchführung der Forderungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD kämpfen.

Rüffet zum Reichserwerbslohnentag am 19. April! Mobilisiert alles für die Preußenwahlen. Die Mansfelder Kumpels wählen rot, sie wählen Kommunisten. Sie kämpfen für ihre Forderungen unter Führung der Arbeiter- und Arbeiterpartei der KPD. Mansfeld mobilisiert darüber hinaus die roten Bataillone zum Kampfmarsch. Schafft die rote Einheit gegen Mansfeld-Könige, die Kriegserbener und ihre Lakaien, die reformistischen Betriebsräte und Betriebsräte. Entrollt das Kampfbanner des Kommunismus!

härte Bleihütte zur Durchsicht auszuordern. Derzeitig ist die Betriebsleitung die Herausgabe der Liste, so ist der Arbeiterratsvorsitzende verpflichtet, innerhalb 24 Stunden eine Arbeiterratsliste einzuüberreichen. In dieser Sitzung muß Stellung genommen werden, damit die Arbeitsgerichtsfrage gegen die Betriebsleitung Bleihütte, zwecks Herausgabe der Bleihütte, eingereicht werden kann. Dementsprechende Beschlüsse müssen in dieser Sitzung gefaßt werden.

Für diesen Antrag stimmen zwei rote und ein freigebergschaftlicher Arbeiterrat. Dagegen stimmen zwei freigebergschaftlicher und ein Nazi.

Ein weiterer Antrag wurde einstimmig angenommen. Die schwachen reformistischen Kollegen konnten ihm nicht aus dem Wege gehen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Betriebsleitung Bleihütte muß für jeden Bleifranken, sobald der Arzt Blei im Körper festgestellt hat, die Kosten für die Unterbringung des Kranken in eine Heilanstalt, bis zur vollständigen Wiederherstellung seiner Gesundheit, übernehmen.“

Fernerhin muß den Angehörigen des Kranken für die Dauer der Krankheit vom Unternehmer, so viel zum Krankenlohn zugesagt werden, daß der volle Lohn erreicht wird.

Eine Verlegung in eine andere Betriebsabteilung, angeblich zur Gesundheit des Bleifranken, ist nur mit beider Zustimmung und nur unter Fortbeschaffung des bisherigen Lohnes, gestattet.

Die Ergebnisse der Arbeiterentscheidung werden außerordentlich stark diskutiert. Die Kollegen von der Bleihütte erkennen, daß sich die roten Arbeiterräte konsequent für ihre Interessen einsetzen haben. Sie erkennen auch, daß die Betriebsleitung weiter brutale Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchführt wird, die nur mit Kampf zu beantworten ist. Lange genug hat der Mansfeld-Kumpel Geduld gehabt. Jetzt ist Schluss. Unter Führung der KPD wird zum Kampf mobilisiert!





Donnerstag, den 14. April 1932

Heraus aus dem Braunen Haus!

Bereits im März machte der „Klassenkampf“ die Mitteilung, daß die Nazis demnächst ihr Braunes Haus am Töpferplan verlassen. Freilich haben sie sich allerdings zu diesem Umzug nicht entschlossen, sondern sie handeln unter einem unaussprechlichen Zwang. Der Weitegeier freist nämlich schon lange über dem Töpferplan. Der Besitzer des Hauses, Herr Konrad

„Vom Braunen Weg zur roten Fahne — Scheringers Weg zum Kommunismus“

Darüber spricht am Freitag, dem 15. April, 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ und im „St. Nikolaus“

Kamerad W. Korn, Berlin

(ehemaliger Leiter der Naziführerschule im Gau Brandenburg)

Antifaschisten! Werkzeuge von Halle!

Erscheint in Massen!
Kampfbund gegen Faschismus, Ortsgr. Halle

Bismarck, war in die NSDAP eingetreten in der Erwartung, daß die Gestaltung der Nazis zu jedem 1. prompt die Miete bezahlen würde. Herr Bismarck hat sich aber schwer verredet. Die Jordan und Carnowitsch sagten sich aber schwer verredet. Die Miete ruhig noch ein bißchen warten; als sie muß er sich jedoch den Beschlüssen des obersten Führers fügen. Herr Bismarck aber bestand darauf, daß ihm die Miete pünktlich auf den Tisch gelegt werde. Die Nazis sprangen, die ihm genügt wurden, von wegen am 10. April wird Hitler sowieso Reichspräsident, dann könnten die Nazis aus dem Wollen schöpfen, hat der Besitzer des Braunen Hauses nicht ernst genommen. Er verlangte eben mit aller Entschiedenheit „Miete-Miete“. Da aber bei den Nazis die Begriffe zum allergrößten Teil für den persönlichen Aufwand der Führer verbraucht werden, ist immer „Ebbe“ in der Kasse. Und so kam es, daß man zwei Monate die Miete schuldig blieb. Die Folge war, daß Bismarck krank machte und deshalb im hohen Norden aus der NSDAP hinausfiel. Wie konnte er sich auch „erschrecken“, immer und immer wieder auf pünktliche Zahlung der Miete zu drängen. Die Nazis hielten nun Umsturz nach einem anderen braunen Häuschen. Der Umzug sollte bereits am 1. April beginnen. Da man aber bis dahin noch keine passende Unterkunft gefunden hatte, mußte der Umzug um einen Monat verschoben werden.

Nun ist es so weit. Am 30. April, früh, wenn die Hühner krähen, zieht Herr Jordan aus — mit Sad und Rad. Das neue Hauptquartier wird am Töpferplan aufgeschlagen. Dort steht nämlich ein Haus mit einer Reihe herrlicher hochherrlicher Wohnungen. In diesen modern hergerichteten Häusern wollen sich die Streiter für das Dritte Reich häuslich niederlassen. Die Miete wird etwas geringer sein als am Töpferplan, so daß die finanzielle Belastung nicht ganz so groß ist. Für Herrn Jordan sollen einige ganz komfortabel ausgestattete Büroräume geschaffen werden. Die Nazi-Proleten werden dafür wieder in einigen Nebenräumen untergebracht. Also am 30. April ist Umzug nach dem Töpferplan. Wie lange werden die Nazis dort sitzen, bis auch dort wieder die Wohnungen wegen der Miete in Jordan's Rube hagen?

Polizei am Töpferplan

Am Mittwochsabend erschien in Ausführung des Verbotes der nationalsozialistischen SA und SS ein 30 Mann starkes Polizei-Kommando im „Braunen Haus“. Die Beamten hielten sich etwa 1 1/2 Stunden im Hause auf. Was als mit der SA und SS zusammenhängend vorgefallen wurde, wurde von der Polizei mit Beschlag belegt und die Zimmer verriegelt. Das Braune Haus ist also bis auf die Parteifunktionäre geschlossen worden.

Vor dem Gebäude hatte sich während der Aktion eine große Menschenmenge angesammelt, die schließlich von der Polizei mit dem Gummistock geprügelt wurde. Mehrere Personen mußten den Weg zur Wache antreten.

Während der polizeilichen „Aktion“ hatten sich die Nazis-Führer Jordan, Carnowitsch usw. im Bromenaden-Café aufgehalten. Sie lehnten das SA-Verbot nicht an, truglich zu nehmen. Sicherlich haben sie schon vorher ihren Plan fertig gehabt, wie sie ihre Bürgerkriegsarmee in einer anderen organisatorischen Umkleidekabine nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen können.

Uffung! Aste-Hilfe-Funktionäre!

Am Freitag, dem 13. April, 15 Uhr, findet im Lokal „Bromenadenrestaurant“, Lindendamm, eine Funktionärssitzung für Groß-Halle statt. Alle Funktionäre müssen erscheinen! Wichtige Tagesordnung! Mitzubringen!

Kein Stillhalteabkommen

mit Brüning-Groener und Braun-Severing!!!

Mobilisiert alle Betriebe und Stempelstellen gegen die Notverordnungs-diktatur in Preußen! Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende, Erwerbslose, Frauen, kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen Faschismus und Hungertus!

Für ein rotes Preußen in einem sozialistischen Deutschland!

Wählt am 24. April Kommunisten!

Fahrräder **edom** Herrenrad . 39.75 M. Herrenballonrad . 49.75 M. Halbrenner 35.75 M.
billig Damenrad . 42.75 M. Damenballonrad . 53.75 M. Ballonrenner m. Schlauchreifen 65.00 M.

Gefehgebung erhält die Kirche eine Dotation von jährlich 4 950 000 Mark für das „Kirchenregiment“, das heißt für die obersten Kirchenfunktionäre.

Als das Luther-Konkordat in der Zeit vom 8. bis 12. Juli 1929 im Preussischen Landtag durchgeprüft wurde, erklärte der SPD-Kultusminister Grimme, der sich selbst religiöser Sozialist nennt, am Schluß seiner Konkordatsrede:

„Gebt der Kirche, was der Kirche ist“

Jahr für Jahr haben die Kommunisten vergeblich Streichung aller Aufwendungen für kirchliche Zwecke gefordert und ihre Verneinung für Zwecke der Bekämpfung des prälatenkirchlichen Rinderendes beantragt. In diesem Jahre der fürstbischöflichen Arbeitslosigkeit ging der kommunistische Antrag dahin, diese Summen den Kommunen zu überweisen mit der Verpflichtung, aus diesen Mitteln zusätzliche Unterstühtungen an die Arbeitslosen und Arbeitslosenpflänger zur Auszubringung zu bringen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Zentrumslob für Herrn Grimme

Es gibt nicht einen Punkt in den Forderungen der Kirche und der Kirchenverbände zum Terror gegen die Kulturfortschritte der Arbeiterklasse, in dem nicht die Preussenregierung die Wünsche der Kulturreaktion durchgeföhrt hätte. Die kirchliche Bege gegen die Sowjetunion und die Gottloshere wurde freis von der Preussenregierung unterstützt, so daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Bauer nicht umhin konnte, in öffentlicher Landtagssitzung dem sozialdemokratischen Kultusminister Grimme folgendes Lob auszusprechen:

„Aus dem Proseß, den er (Grimme, d. Red.) heute gegen die brutalen Methoden der Moskowiter ausgesprochen hat, dürfen wir ja sicher entnehmen, daß nach dieser Richtung hin eine Befähigung nicht gerechtfertigt ist.“

Die Einheitsfront der Sozialdemokraten mit der Kirche im Kampfe gegen den Kulturfortschismus ist also auch in Preußen perfekt.

Anstellungssperre für diffidentiale Lehrer

In den Forderungen des Hebelberger Parteitages der SPD heißt es, daß die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung und

„Gebt der Kirche, was der Kirche ist“

Nach diesem Grundsat regieren die Sozialdemokraten Braun, Severing und Grimme. Millionen werden jährlich der katholischen und evangelischen Kirche in der Rachen geworfen. Im Jahre 1932 werden in Preußen für 745 Polizeihunde 46 000 Mark ausgegeben. Für neue Nahkampfmittel für die Polizei werden im Etat 200 000 Mark mehr eingesetzt. Dagegen wird auf kulturellem und sozialem Gebiete die rückschlößlose Spardiktatur angewandt.

Stimmt am 24. April gegen das Preußen des Kulturfaschismus! Wählt Kommunisten!

Am 24. April wählen alle Werkötigen Kommunisten:

Preußen, eine Domäne des Kulturfaschismus

„Gebt der Kirche, was der Kirche ist“ — So lautet der Grundsat des SPD-Ministers Grimme
Clumpf der kirchlichen und faschistischen Reaktion in Preußen

Die Sozialdemokratische Partei erhebt die Forderung des Bildungsprivilegs der Lehrenden; Erziehung, Schulung und Fortbildung sind öffentliche Angelegenheiten; Unmöglichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lehrentätigkeit, wirtschaftlicher Lage der Lehrenden, die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Fortbildung sind weltlich. Jede öffentliche rechtliche Einwirkung von Kirche, Religion, und Weltanschauungsmenschen auf diese Einrichtungen ist zu verhindern; Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Kultur, Kunst und Wissenschaft. Keine Ausbeutungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Diese Forderungen hat die Sozialdemokratische Partei auf ihrem Parteitag in Heidelberg im Jahre 1925 zur Frage der Kultur- und Schulpolitik aufgestellt. Wie alle anderen Forderungen und Grundsatze, so hat die Sozialdemokratie auch die hier angeführten in der schmächtlichen Weise verraten. Die Sozialdemokraten haben in der praktischen Durchführung ihres Programms in Preußen eine Domäne des Kulturfaschismus errichtet. Die Regierungsmächtigkeits der Sozialdemokraten Braun-Severing Grimme sind durch kirchliche Gesetze (1) der katholischen und evangelischen Kirche Millionenlumen in einer Höhe, wie sie selbst niemals im wilhelminischen Deutschland möglich war, zugeschanzt worden.

Heute abend spricht in Halle der sozialdemokratische Kultusminister Grimme in einer Kundgebung der „Göttern Front“. Da Thema lautet: „Haltet das kulturelle Preußen.“

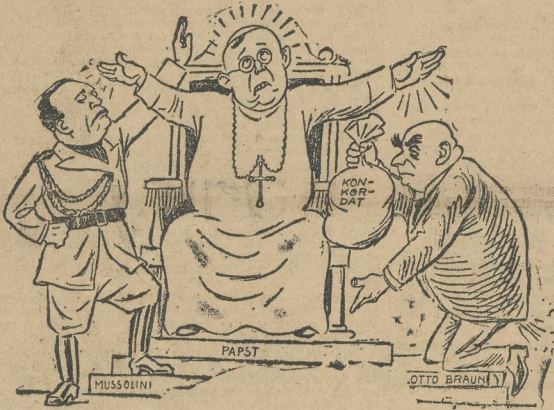
Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie in Preußen ist die Politik des schlimmsten Kulturfaschismus.

Herr Minister Grimme muß heute abend diese Tatsache abgestreiten veruchen. Er wird sich davor hüten, die Tatsachen des katastrophalen Niederganges des Kultur- und Schulwesens in Preußen unter der sozialdemokratischen Regierungsmächtigkeits auszusprechen. Wir wollen deshalb den sozialdemokratischen Arbeitern einige dieser Tatsachen zur Kenntnis geben.

Die Kirchen- und Konkordatspolitik der SPD

Das Konkordat mit der katholischen Kirche

Am 14. Juni 1929 wurde, auf ewige Zeit“ das Konkordat zwischen dem Papst und der Preussenregierung abgeschlossen. Grundlage des Konkordats ist die Sicherung des Besitztandes und der



politischen Vorrechte der Kirche gegenüber dem preussischen Staat. Im Konkordat wird die Papsttätigkeit als ein internationaler Recht anerkannt, die jederzeit in der Lage ist, auf diplomatischem Wege auf die innerpreussischen Verhältnisse Einfluß zu nehmen. Bei der Schlußabstimmung am 9. Juli 1929 wurde das Konkordat mit den Stimmen aller Koalitionsparteien angenommen. Mit dieser Annahme des Konkordats hat die Sozialdemokratie einwillig die alte Forderung der Trennung von Kirche und Staat begraben. Rutte und Krumpholtz befehligen im sozialdemokratisch regierten Preußen in bedeutendem Maße die Kultur- und Schulpolitik.

Die SPD schafft auch das Luther-Konkordat

Nachdem die katholische Kirche ihren Staatsvertrag mit Preußen unter Dach und Fach hatte, trat auch die evangelische Kirche um die Erfüllung ihrer Forderungen auf den Plan. Am 11. Mai 1931 wurde das evangelische Konkordat von den Vertragspartnern unterzeichnet. Unter diesem Vertrag stehen die Unterchriften der Sozialdemokraten Braun und Grimme. Eine für die Arbeiterklasse gefährlichste Bestimmung des Luther-Konkordats lautet:

„Auf der Garantie des gesamten Besitztandes ihres Organisationsapparats und ihrer Steuerprivilegien und des Rechts der

Bildung weltlich seien. Aber im Braun-Severing-Preußen ist die Einleitungssperre für diffidentiale Schulamtsbewerber bereits praktisch durchgeführt. Nach ministerialer Auskunft vom 17. März 1931 waren auf den Kandidatenlisten für die Aufnahme von insgesamt 1871 Lehrer-Studenten unter dem Zwang der Preussenregierung nur noch 100 Dofizenten. In unübersehbarer Selbstenthüllung erklärte der sozialdemokratische Kultusminister Grimme im Preussischen Landtag:

„Anmeldungen zur Aufnahme von Dofizenten sind an die Dofizententests nicht ergangen. Die Dofizententests sind aber von sich aus ausnahmsweise einzelne Dofizenten aufgenommen, sofern es über die Normalzahl der Studenten hinaus möglich ist. Es geben den evangelischen bzw. katholischen Bewerbern also in keinem Falle Stellen verloren.“

Die Kommunisten hingegen stellen den Antrag, daß in Zukunft eine amtliche Befragung der Bewerberinnen jeder Art nach ihrem Bestimmung oder ihrer Weltanschauung zu unterliegen ist. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Macht Schluß mit dem Kulturfaschismus!

Es ist im Rahmen eines kürzeren Artikels unmöglich, alle Tatsachen der halleischen Schulreaktion demselben, katastrophalen der reaktionären und arbeitereindlichen Praxis der Preussenregierung aufzuführen. Ungeheuerlich sind die Tatsachen der Schulreaktion und des Schulabbaus in Preußen. Die Spardiktatur des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme auf dem Gebiete des Schulwesens zeigt, wie die vor einiger Zeit von uns veröffentlichte phantastische Auswirkungen. Während der Kirche viele Millionen in den Rachen gemorren werden, leben Schuttschüler von stellunglosen Jungelären in bitterer Not, werden die Mittel für Rinderbildung, Schulzubehörlige, Bekämpfung der Tuberkulose usw. gemalg geträgt.

Preußen ist der Hort der Kulturreaktion. Die kirchliche und faschistische Reaktion feiern in Preußen Triumphe. Deshalb heißt die Lösung aller Werkötigen am 24. April: Macht Schluß mit der Domäne des Kulturfaschismus in Preußen! Wählt Kommunisten! Für ein rotes Preußen in einem sozialistischen Deutschland!

Fahrrad-Möller, Halle (Saale), Schmeerstr. 1

Trinkt Nordhäuser Aktien-Bier!
 ff. Fleisch- und Wurstwaren
 H. Weschke
 Gesemusstraße 23

Pinthus & Ahlfeld
 Nordhausen
 Das Kaufhaus für Alle!

Besuchen Sie die Wohlwert!
 Butter, Eier, Käse
Karl Frey
 Rautenstraße 37

Bevorzugt die Produkte der 302
Molkerei Erich Schrader

Fleisch- und Wurstwaren
R. Weber, Barfüßerstr. 22

Rosenberg HETTSTEDT
 Markt
 Das führende Kaufhaus
 für Bekleidung und Aussteuerwaren

H. Herpel
 Spezialität: WÄSCHE
 Leib- und Bettwäsche, Braut-
 ausstattungen — Bahnhofstr. 1

Friedr. Ballin - Inh. J. Grippain, Markt 7-8
 Möbel - Polsterwaren - Kleiderstoffe - Wäsche
 Anzeilmäuler - Teppiche - Tapeten

Konsum-Verein Sangerhausen
 Für jeden Arbeiter die beste Einkaufsquelle!

Steinmetz & Dommer
 Herren- u. Knabenbekleidung
 Ulrichstraße 4

Geht für die Rote Hilfe!
 Manufaktur-
 waren O. Käsemann
 Chaussee-
 strasse

Steinhold Klee
 Materialwaren
 Schulpenstraße 15

Carl Hofmann
 Brodteistr. 2

Artur Klee
 Bad- und Materialwaren
 Unterm Berg 28

Hermann Pfeiffer
 Gute u. billige Lebensmittel
 Steinweg 6

Spare auch Du bei der
Verbands-Sparkasse
 der Mansfelder Kreise und Städte!

SIEGMUND LEWIN
 DAS KAUFHAUS FÜR ALLE
 Luthersstraße 41

S. & M. Crohn
 Das Haus der werktätigen Bevölkerung
 34916

Fleischerei Ernst Lütich
 Frostastraße 46

Epela
 das Geschäft der 1000 nützlichen Artikel!
 34928

Lebensmittel Hermann Richter
 Schkeuditz und Wehlitz
 34910

Bruno Friedemann
 Schweine- - Schlächterei
 Hallesche Straße 64

Konzert-u. Ballhaus Zum Bahnhof
 Inhaber: Otto Helm, Telef. 362
 Angenehmer Familienaufenthalt
 Sternberg - Bier-Ausschank

Kauft Lebensmittel nur bei RICHTER!
 34907

Munkelta Gastwirtschaft
 empfiehlt sich zur
 Einkehr für alle!
 Schkeuditzer Straße 6

Trinkt Milch!
 34916

Willy Klob
 Bäckerei und
 Kolonialwaren

Merleburg Käserei
 Albert Echtermeier
 Lauchstädter Straße

Strumpf-Burda
 Entenplan 5

Herren-Bekleidung
 kaufen Sie am billigsten bei
ATLAS, Markt 18

Besucht das Schillerbad!
 Sämtliche Medizin-Bäder
 Wannen- und Brausebäder
 für sämtliche Kassen

Brillen - Winkler
 Fachgeschäft für Optik und Photo
 Lieferant sänit. Krankenkassen

Albert Rösler, Optik
 Lieferant aller Krankenkassen

Leider
 Schlehens-hüte sowie sänit.
 Schuh-Bedarfartikel, Leder-
 handlung Otto Harbig

Sie kaufen billig bei Carl Reiter
 Jüdenstraße 12

Ella Gunkel, am Bahnhof
 Spezialgeschäft für
 Korsetts u. seidene Unterwäsche

Kauf
 cure Fleisch u. Wurstwaren bei
RESSELER, Rind- u. Schweine-
 schlächterei, Fleisch den Kienhühner

WALTER SCHMÜBBERG
 Weiß-, Woll- und Kurzwaren
 Wäsche eigener Anfertigung
 Nikolaistraße 33

Emil Bünsch
 Woll-, Weiß- und Kurzwaren
 Schuhreparatur bei **Hart Heyden**
 An der Kirche 7
 empfielt sich der Arbeiterschaft
 zu soliden Preisen

Lebensmittel
 u. hauswirtschaftliche Warenwaren
 bei **A. R. G. S. S. S.**
 Klosterstraße 14

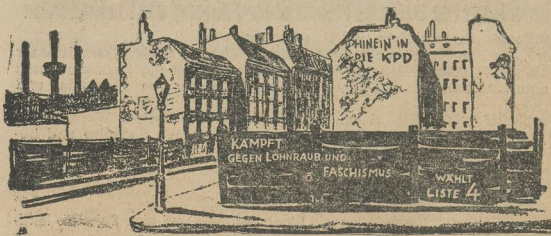
Curt Tille, Fleischerei
 Klosterrstraße 14
 Stets billige Preise

Adolf Krause
 Herren- und Knabenbekleidung

Volkschuhhaus Sonntag
 Leopold-Kell-Str. 4
 Spezialgeschäft für Berufs-
 und Straßenschuhwerk
 Gegen Vorzeigen des Insesrates
 5% Rabatt

Fabriklager Edward Weigel
 Feine Schokoladen- und Zucker-
 waren / Kaffee- und Margarine-
 Lager

Lebensmittel
 hauswirtschaftliche Warenwaren
 bei **Fr. Höhrig**
 Schloßgasse 8



In Stadt und Land

schafft das Kampfbündnis aller Unterdrückten und Ausgebeuteten zum Kampfe gegen die Preußenregierung, der faschistischen Koalitionsfront Braun-Severing und der Brüning-Partei — Wählt alle die Liste 4!

Die Folgen der von der SPD tolerierten und durchgeführten 4. Notverordnung:

Massenverelendung der Kriegs- und Arbeitsopfer

Schlimmere Rentensenkung wie in Italien — Nur in der Sowjetunion wird für die älteren Werkkätigen gesorgt — Kämpft für ein rotes Preußen! — Reißt euch ein im Kampfe Klasse gegen Klasse!

Von einem Mitglied des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit wird uns geschrieben:

Man kann heute mit ruhigem Gewissen behaupten, daß viele Rentnerbezieher durch die 4. Notverordnung an den Rand des Verderbens gebracht worden sind. Die täglich steigende Schickschuldiffer liefert den traurigen Beweis dafür. Wir wollen an einigen Beispielen zeigen, wie sich die Lage des einzelnen Rentnerbeziehers finanziell seit dem 8. Dezember 1931 gestaltet hat.

Vorherordentlich schwer werden getroffen die sogenannten „Inverehrten Familien“. Um das Maß aber voll zu machen, gehen die Landesversicherungsanstalten dazu über, an den Rentnerschaften Gelder zu verteilen, in denen die Invalidenrentenempfänger aufgefordert werden, den Versicherungsträgern mitzutun, ob sie noch andere Renten beziehen. Sie können ihr Wort damit, daß sie ertens einmal andröhen, daß der Rentnerschaften bis zur Erledigung seiner Mitteilung keine Rente mehr schütten soll und außerdem setzt er sich der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aus, wenn er diese Mitteilung unterläßt oder unrichtige Angaben macht.

Gegen die von den Landesversicherungsanstalten ergrienen Maßnahmen muß auf das allerhöchste protestiert werden. Die Rentner sind nicht verpflichtet, die Landesversicherungsanstalt darauf aufmerksam zu machen, daß sie noch Rentnerbezieher bei irgendeinem anderen Versicherungsträger sind.

Der Artikel 11 der Notverordnung sieht im § 11 Abs. 3 vor, daß die Werdender in den Bezügen dem Berechtigten mitzuteilen ist. Kein Wort steht davon darin, daß der Berechtigten der Landesversicherungsanstalten mitzuteilen hat, daß er sonst noch weitere Bezüge erhält.

Also, neben den harten Bestimmungen in der Notverordnung selbst noch ungesellige Handhabung. Wir wollen nur zeigen, wie „Vater Staat“ seine Kriegs- und Arbeitsopfer verachtet:

Der Kriegs- und Unfallverletzte Johann L. T. sehen heim erhielt wegen Verletzung des linken Beines infolge Kriegsdienstes eine Rente von 30 v. S. Das rechte Bein verlor er durch Unfall



Warum

wählen alle Opfer des Krieges und der Arbeit Liste 4 K.P.D.

13 Millionen
erhielt der Hochadel, die Hoflakaien
Wilhelms von Doorn, außerechtgemäß
in den Jahren 1929 und 1930 von der
Braun-Severing-Regierung!

720000 Mk.
wurden im Jahre 1931 von der
Braun-Severing-Regierung für
die Kinderspeisung verausgabt

nach dem Kriege, und er erhielt dafür eine 70prozentige Unfallrente. Neben diesen Bezügen stand ihm auch noch die Invalidenrente zu. Nach der Notverordnung ist die Invalidenrente weggefallen und der Mann erhält jetzt insgesamt monatlich eine Unterstützung von 47 Mark, von der er mit Frau und Kind leben soll.

Der Kriegesbeschädigte Johann A. in Groß-Uhheim bezieht als 100prozentiger eine Rente von 90 Mark. Daneben hat er eine Invalidenrente von 30,50 Mark erhalten. Diese Rente ist ihm mit dem 1. Januar 1932 entzogen worden. Die Kriegesbeschädigtenrente ist zum größten Teil kapitalisiert, so daß der Mann mit Frau und 2 Kindern einen Restzu von monatlich 39,50 oder jährlich 477 Mark hat.

Frau Ida W., Augustsburg, Alter 70 Jahre, hat nach dem Gesetz vom Juli 1929 eine Invaliden-Witwenrente bezogen.

Durch die Notverordnung ist das Gesetz wieder beseitigt worden, und erhält die Frau jetzt keine Rente mehr.

Ebenso erging es der Witwe Minna S. in Marbach, der die Rente von monatlich 19 Mark oder jährlich 228 Mark auf Grund derselben gesetzlichen Bestimmungen entzogen ist. Beide Frauen sind hochbetagt und haben absolut kein weiteres Einkommen.

Der Schwerebeschädigte H. S. hat 4 Kinder und bezieht 108 Mark Invalidenrente. Daneben 68 Mark Invalidenrente. Durch Befehl der Landesversicherungsanstalt wird ihm vom 1. Februar 1932 die Invalidenrente in Höhe von monatlich 68 Mark oder jährlich 816 Mark entzogen.

Der Schleifer W. aus Wuppertal-Barmen erhielt wegen schwerer Silikose (Staublung infolge Berufstätigkeit) eine Unfallrente von 30 v. S. Daneben erhielt er die Invalidenrente.

gegen alle Unterdrückten und Unbekenten, nur sie ist es, die immer wieder im Parlament und hauptsächlich bei außerparlamentarischen Aktionen die Beseitigung der Abfindungen und Renten an die Offiziere, Herzöge, Grafen, Fürsten, die Hohenzollern und ihre Hofstrahlen aus der Wilhelminischen Ära fordert.

Hunderttausende von Millionen kommen jährlich an die Hände der Berechtigten zur Auszahlung, die sie durch erhöhte Steuerleistungen aufzubringen haben. Die sozialdemokratischen Führer, die eine große Anzahl Staatsfunktionen inne haben, sind die treuesten Finanziers für das reaktionäre Geschindel. Deshalb schlägt die faschistische Front, gibt keine Stimme den Demagogen der Sozialdemokratischen Partei, sondern kämpft entschlossen in der roten Klassenfront und

wählt am 24. April die Liste 4 — die KPD!

Werbe für den „Klassenkampf“, dein Kampforgan!

Koche besser! Koche billiger! verlange gratis das Sanella Kochbuch

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio



VON DER MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24



Donnerstag, den 14. April 1932

Der Kampfband gegen den Faschismus auf dem Posten!

Schon vor kurzem konnten wir über die vorbildliche Arbeit des Kampfbandes gegen den Faschismus in Eisenburg berichten. Aus einem erneuten Bericht erfahren wir, daß die Kameraden auch zum zweiten Mal die Wahlkreise-Kasse gegen Kasse!

Die Kameraden berichten, daß sie innerhalb 14 Tagen 356 Broschüren, 285 Zeitungen und 100 Thälmann-Plakate verkaufen konnten. Auf den Wahlkreisen-Kasse gegen Kasse konnten 40,85 Mark gesammelt werden.

Der Kampfband hat damit den Wettbewerb mit der Straßengasse So 21 gewonnen und das gesteckte Ziel bei weitem überholt. In aktiver Unterstützung der Partei hat der Kampfband alle Einladungen und Propagandaarbeit für die Wanderversammlungen der SPD übernommen und für 26 Versammlungen den Rednerauftrag gestellt.

In der Kampagne zwischen dem 13. März und 10. April konnten 11 neue Kameraden für die Organisation gewonnen werden. 22 Helfer für das „Rote Echo“ sind in dieser Zeit vom Kampfband erfasst worden.

Die Ortsgruppe des Kampfbandes gegen den Faschismus in Eisenburg bemerkt durch ihre intensive Arbeit, daß sie an der Spitze der Ortsgruppen des Bezirks Halle-Merseburg marschiert. Und doch wollen wir die Kameraden fragen: was habt ihr bisher an der betrieblichen Front geleistet? Sind die ersten Erfolge eurer Arbeit im Kampf gegen den Faschismus zu sehen? Gemüht der Kampfband auch unter dem Strahlen der DGS-Einfluß? Hier liegt unter wichtigstem Augenblick. Deshalb: die Kräfte verdoppelt, ran an die Betriebe!

Vorwärts für den Sieg der Preußenwahlen — für den Sieg des revolutionären Proletariats! Anterer Ortsgruppe Eisenburg ein fröhliches „Sturmberett“.

Aus dem Saalkreis

Zwei rote Fahnen auf dem Kirchturn

W. K. Bettin. Am 13. März früh morgens flatterte eine rote Fahne hoch und küßt auf dem Kirchturn. An diesem Sonntag war gerade Bräutigam in Bettin. Als der Pastor die Fahne sah, wurde er wütend und erklärte: „Ich gehe nicht ein in die Kirche hinein, bis der rote Kappen herunter ist.“ Ein Stahlschmied fand sich, der die Fahne herunterholte.

Am 8. April flatterte wieder eine rote Fahne als Symbol des Kommunismus auf dem Kirchturn. Diesmal mußte der Pastor die Fahne persönlich herunterholen. Er hat sich die Kerne hochgehempelt wie ein Schwerarbeiter, und als er fertig war, mußte er erst einmal einen trinken geben.

Es heißt, daß Herr Pastor gegen die Kommunisten genau so freibleibbar ist, wie gegen seine Kirchengeldbesitzer. Man muß auch hier die Frage stellen: Was ist denn in Gefahr? Die Religion oder das Gehalt des Herrn Pfarrers?

Delitzsch-Torgau

Ein Opfer der „Sozialisierung“

Delitzsch. Eine Arbeiterin, 29 Jahre alt, mit einem vierjährigen Kind, erhält keine Unterstützung, weil der Vater Kente bezieht. Sie war krank und ist aus dem Krankenhaus entlassen. Seit 14 Tagen bekommt sie keinen Pfennig. Die Eltern können sie nicht ernähren. Der Vater des Kindes zahlt nicht. Jetzt hat sich die Arbeiterin auf dem Fürsorgeamt hingesetzt und bleibt dort sitzen, bis man ihr Geld gibt.

In dem Land, in dem der Sozialismus aufgebaut wird, ist das Schicksal einer solchen Arbeiterin ein anderes, dort erhält sie sofort Arbeit und kann ihr Kind im Kinderheim des Betriebes unterbringen.

Nazi-Sturmführer arbeitet mit der Polizei des „Systems“

W. K. Mückenberg. Hier zeigte sich am Sonnabend ein klarer Beweis dafür, daß die Nazis Hand in Hand mit der Polizei So 21 arbeiten. In der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr begegnete einer Klebefabrik revolutionärer Arbeiter zwei Stadtpolizei, die zunächst vorbeifuhren. Kurze Zeit danach kam der eine Radfahrer zurück und beobachtete die Kolonne mit ausgelassener Miene. Die Arbeiter haben sich den Herrn etwas näher an und siehe da, es war Herr Riedemeier, Sturmführer der Nazis. Unmittelbar nach ihm kam die Polizei angelockt. Sie war von den Nazis alarmiert worden. Die Freude des Herrn Riedemeier, die Arbeit der Kommunisten für ihren Führer Thälmann geführt zu haben, wird nicht von langer Dauer gewesen sein, denn zwei Stunden später hatten zwei Genossen eine von den Nazis soeben im Dorf geführte Fahnenkreuznahme herunter.

Roter Presseabend

am Donnerstag, dem 14. April, 20 Uhr, im „Volkshaus“ in Bitterfeld.

Die Roten Agitatoren-Halle

spielen — singen — sprechen! Es spricht Karl Gutjahr (Halle). Alle Arbeiter und Erwerbslosen des Bitterfelder Arbeitsgebiets erscheinen zum

Roten Appell der 50 000!

Als Eintrittsgeld gilt die Piskette des „Roten Echo“ zu 20 Pf. für Vollerbeiter und Erwerbslose.

Wer billig kaufen will, kauft Haushaltswaren bei

Das Haus der volkstümlichen Preise

Jeder Betrieb eine rote Burg

Rote Presse-Offensive gegen Severing-Preußen — Massenmobilisierung für Kämpfe um Lohn und Brot — Der 24. April muß beweisen: Die Betriebe stehen unter Führung der Kommunisten

Funktionäre, Arbeiterkorrespondenten in Betrieben und Ortsgruppen!

Die Lohnabbaukonzen von der „Eisernen Front“ wollen die Massen abermals als Stimmvieh zur Erhaltung ihrer Futterkrippen ködern. Mit Schwindel und Versprechungen führen die Sozialfaschisten den Preußenwahlkampf. Dabei unterscheiden sich die Braun-Severing in nichts von den Hitler und Klagges.

Schildert die „Rot-Preußen“-Politik der SPD-Führer durch Tatsachenberichte. Bestellt Werbexemplare des „Klassenkampf“. Der „Klassenkampf“ bringt Extraseiten der wichtigsten Betriebe und Betriebsgruppen. Geplant sind:

Am Sonnabend, dem 16. April, eine Leuna-Seite!

Am Montag, dem 18. April, eine Seite des Bitterfelder Gebietes!

Am Dienstag, dem 19. April, eine Seite aus den Wittenberger Gifthöllen!

Am Mittwoch, dem 20. April, eine Seite für Gemeinde- und Staatsbetriebe und eine Seite für landwirtschaftliche Betriebe!

Am Donnerstag, dem 21. April, eine Seite für den Bergbau!

Das Manuskript muß sofort eingeschickt werden. Nicht nur Arbeiterkorrespondenten, sondern alle Funktionäre müssen sich dafür verantwortlich fühlen!

Schildert die SPD-Politik in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Gemeinden und werbt mit den Extraseiten für eure Presse, den „Klassenkampf“. Umstellungen in der Seitenfolge behält sich die Redaktion vor, jedoch wird jedesmal

am Tage zuvor die kommende Extraseite angekündigt,

damit der Massenvertrieb für den „Klassenkampf“ organisiert werden kann.

An die Arbeit, Genossen!

Steuergeschenke für die IG-Farben-Aktionäre — Bürgersteuer für die Proleten

Das ist die von der SPD versprochene Sozialisierung

W. K. Ramlin. Innerhalb der Gemeinde Ramlin gehört der größte Grundbesitz der IG-Farben. Dieser Konzern müßte infolgedessen die anschlagnende Steuerquelle für die Gemeinde sein. Aber gerade den IG- und Grundbesitzern werden von den Gemeindefunktionären im Preußen Braun-Severings die größten Steuergeschenke gemacht.

Die Grube Augustafeld hat von der Gemeinde Ramlin oft durch Nachveranlagung Steuergeschenke von 18 000 und 20 000 Mark erhalten

Der Ausfall wird auf die Bergarbeiter abgewälzt. Jetzt geht der Ausgleich der fehlenden 20 000 Mark auf folgende Weise: Es wurde diktorisch die Bier- und Bürgersteuer eingeführt, dann die Biersteuer verdoppelt und die Bürgersteuer auf 300 Prozent erhöht.

Anßerdem wurden die Mittel für Wegbau (5000 Mark) vollständig gestrichen, obwohl sich hier die Straßen, vornehmlich bei Steigewiesen, in einem Zustand befinden, der jeder Befreiung spottet.

Noch treffender zeigt uns der Etat 1931/32 das Gesicht der faschistischen Diktatur zugunsten des Profits der IG-Gewaltigen. Trotz Lohnabbau, Bürgersteuer und sonstiger Belastung zahlt der kleine Hausbesitzer, der zum größten Teil Arbeiter, Kleinrentner oder Gewerkschafter ist, 25 Prozent Zuschlag zur Grundbesitzsteuer, bebaut oder unbebaut. Der große Grundbesitz der IG-Farben hat kein einziges Prozent mehr Zuschlag zu bezahlen, trotz der Ausschüttung von 12 und mehr Prozent Dividenden. Ja, das Steuerlohn der Gewerkschafter nach dem Ertrag ist für diese Grundbesitzer nur um 6 000 auf 2000 Mark herabgesetzt worden. Diese Mindereinnahme

läßt man dann an unbedingt notwendigen Ausgaben einzusparen. Die Anträge der Kommunisten zum Etat, auf die wir noch in einem späteren Bericht zurückkommen, wurden abgelehnt oder von vornherein zurückgewiesen.

Das sind einige kurze Tatsachen, die zeigen, wie in Preußen, wo die SPD von den Ministern bis herab zu den Gemeindefunktionären alle entscheidenden Positionen im Staatsapparat besetzt hat, die Sozialisierung durchgeführt wird: Der Profit der großen Konzerne wird gestiftet, den Arbeitern, ob im Betrieb oder erwerbslos, deren Lebenshaltung durch Lohn- und Unterhaltungsabbau schon auf das äußerste beschränkt ist, werden alle Kosten aufgebürdet.

Sozialdemokratische Arbeiter, der Weg zum Sozialismus, den euch eure Führer predigen, ist der gerade Weg zum Faschismus. Das Sozialistische führt nur der revolutionäre Kampf unter Führung der SPD. Deswegen reißt euch ein am 24. April in die rote Einheitsfront durch Kasse, wählt Kommunisten.

Parteilose Genossinnen des Frauenaktives

der Internationalen Arbeiterhilfe der Ortsgruppe Eisenburg sammelten auf den Wahlsonntagen „Kasse gegen Kasse“ 15,90 Mark

Dieser Erfolg war möglich zu erzielen im Hunger-Marschfeld. Wo bleibt die Arbeit und die Sammelresultate der Ortsgruppen in den mitteldeutschen Wahlsonntagen der imperialistischen Bourgeoisie, in Merseburg, Wittenberg und Bitterfeld?

Schrittmacher des Faschismus

Schließt die rote Einheitsfront für ein rotes Preußen

W. K. Tschwiß. In der Nacht des Wahlsonntags hatten sich in Tschwiß, bei Lehmanns Gut, starke Nazigruppen zusammengezogen. Zwei Genossen mühten sich unter die Nazipatrouillen und fundierten das Terrain aus, während die Anhänger der „Eisernen Front“ ihre Polizei um Hilfe anhielten. Das Überfallauto erschien, aber den Herren Nazis passierte nichts. Sie wurden ins Dorf transportiert und von dort aus in fünf Mann starken Truppen freigelassen und nach Hause geschickt. Mit lautem Gebrüll „Heil Hitler“ und „Auf Wiedersehen!“ verabschiedeten sie sich von der hoffigen Schutzpolizei. Was

wäre dagegen geschehen, wenn es Kommunisten oder auch nur Reichsbannerproleten gewesen wären?

Der Eindring der Polizei aber suchte sich eine andere Betätigung: so wurden einzelne, aber die Straße gehende Arbeiter (auch SPD-Angehörige) verhaftet und gesperrt.

Hoffentlich haben die SPD-Arbeiter nun erkannt, daß nicht ihre Schutzpolizei sie vor dem Naziterror schützt. Nur der Zusammenstoß aller Arbeiter, die kämpfende rote Einheitsfront, ist die einzige, die Angriffe der braunen Front abzuwehren und dem Naziterror ein Ende zu bereiten.

Ebenso sind auch die Herren der Polizei, die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten kein Schutz gegen den Faschismus, sie sind selbst ein Teil, der Hilfe flüchtet des Faschismus. Nur die Kommunisten kämpfen gegen alle Herrschaftsformen der Kapitalisten, auch gegen alle Übergangsformen der Demokratie und Faschismus. Die Kommunisten kämpfen gegen jeden einzelnen Schritt auf dem Wege zum Faschismus, während die sozialdemokratischen Führer durch ihre Unterstützung und Durchführung der Führerordnungsproleten der Polizei gegen die Arbeiterklasse, den Faschismus allmählich selbst mit errichten.

Daher heißt es am 24. April: Front machen gegen alle Verfechter des Faschismus, gegen Hitler und gegen Braun-Severing. Dazu reihen wir den sozialdemokratischen Arbeitern die Hand.

Wettpunkte. Bankhaus Max Döpplich in Konturs. Das seit 1908 in Wettpunkten bestehende Bankhaus Max Döpplich hat sich infolge der jüngsten Wirtschaftsverhältnisse auszunutzen gesehen. Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens zu stellen. Angaben über den Status sowie über die voraussichtliche Quote lassen sich im Augenblick nicht machen.

Achtung! Nr. 2 Achtung!
der „Illustrierten Bauernzeitung“

kommt heute zum Versand

Jetzt ist es höchste Zeit, den Korpoteur für die „IBZ“ zu bestimmen. Am Landsonntag, dem 17. April, hilft die ganze Ortsgruppe dem Korpoteur bei der Abonnentenwerbung. Ortsgruppen, die ihre Exemplare zurücksenden oder die nicht pünktlich abtragen, werden im nächsten „Bolschewitschen Kurs“ angegrangert.

Die „IBZ“ ist eine wichtige Waffe im Preußenwahlkampf gegen alle Feinde des schaffenden Landvolkes.

Arbeiterkorrespondenten und Kommunalvertreter vor die Front!

Berichtet ähnliche Beispiele wie aus Ramsin aus euren Gemeinden. Schreibt über Steuern- und Finanzpolitik, über das Wohnungswesen (Exmiltierungen), über das Polizeiregiment, über Kulturpolitik (Schule, Sport), Entlarvt die Vollstrecker der faschistischen Diktatur!

Steinweg 45 / Gr. Ulrichstr. 57 im Norden am Reileck



